
Unter dem Radar

Zwei Oligarchen mit engen Banden zu Putin und der Schweiz fehlen auf den Sanktionslisten der EU und der Schweiz. Warum? Eine Spurensuche.

Von [Dennis Bühler](#), [Bettina Hamilton-Irvine](#), [Carlos Hanimann](#) und [Priscilla Imboden](#), 18.03.2022



Alles muss schön sauber bleiben! Gerade bei Yachten von reichen Menschen. Edgar Herbst/13 Photo

Während in der Ukraine der Krieg tobt und uns täglich Bilder zerbombter Wohnhäuser erreichen, scheint an diesem Tag Anfang März in Küsnacht die Sonne. Ein Falke schwebt über dem Dorf am Zürichsee. Und über eine Quartierstrasse rollt zuerst ein Bentley, dann ein Mercedes und zuletzt ein Porsche.

So viel zu den Klischees der Zürcher Goldküste.

Hinter dicken Mauern und eisernen Toren residierte bis vor kurzem einer der reichsten Russen: Wassili Anisimow, einst Metallwarenhändler, heute Immobilientycoon und Multimilliardär. Und laut «Washington Post» Mitglied von Wladimir Putins «innerem Kreis».

Seine Villa ist Tag und Nacht von Bodyguards bewacht. Einige Nachbarn erzählen von ihrem Ärger über das Licht der Taschenlampen, mit denen diese nachts verdächtigen Geräuschen nachjagen.

Das Betreten des Grundstücks ist verboten, warnt eine Tafel vor dem Haus. Das Fotografieren ebenfalls, «unter Androhung von Polizeibusse bis 200-Franken».

Als die US-Klatschpresse kürzlich darüber spekulierte, dass Putin eine Geliebte und die gemeinsamen Kinder in der Schweiz verstecke, machten auch in Küsnacht Gerüchte die Runde: Putin habe die vier Kinder gar nicht in einem Chalet im Tessin versteckt, sondern hier an der Goldküste, in der 60-Millionen-Franken-Villa von Wassili Anisimow.

Aber von den Besucherinnen, die bis vor kurzem in Anisimows Villa gastiert haben sollen, vom Gelächter der Zwillinge, das man hier gehört haben will, während sie Basketball spielten, von Putins Kindern also, die hier versteckt gewesen sein sollen – von all dem will der Türsteher, der das schwere Eisentor an diesem Tag öffnet, nichts wissen.

«Es ist niemand da», sagt er knapp. «Ich weiss von nichts.»

Nachdem Putins Armee vor drei Wochen in die Ukraine eingefallen war, reagierte die Europäische Union – und mit ihr kurz darauf die Schweiz – mit scharfen Sanktionen. Seither werden überall in Europa Konten gesperrt, Vermögen eingefroren, Villen und Jachten beschlagnahmt. Aber in Küsnacht geht alles seinen gewohnten Gang.

Wassili Anisimow stand Anfang 2018 zwar auf einer Liste des US-Finanzministeriums mit insgesamt 210 russischen Bürgern, die für zukünftige Sanktionen infrage kämen. Sanktioniert wurde er jedoch nie. Auch heute steht er weder auf der europäischen noch auf der Schweizer Liste.

Dafür steht dort der Name von Alischer Usmanow, der am Genfersee ein Haus besitzt und rund 15 bis 20 Milliarden US-Dollar. Usmanow hat angekündigt, sich gegen die «unfaire» EU-Sanktion zu wehren. Sie beruhe auf «falschen und diffamierenden Anschuldigungen».

Warum landet ein Oligarch auf der Sanktionsliste der EU, ein anderer aber nicht? Warum sanktionieren die USA härter? Und wie verhält sich die Schweiz, die seit Jahren ein beliebter Zufluchtsort für russische Oligarchenfamilien und ihre Gelder ist?

Die kurze Antwort: Der Zufall spielt mit. Die Dinge sind in Bewegung. Was heute nicht ist, kann morgen schon sein.

Das ist die Geschichte zweier Männer, die reich wurden, als die Sowjetunion zerbröckelte und Wladimir Putin aufstieg: Wassili Anisimow und Wla-

dimir Jakunin. Beide stehen dem russischen Präsidenten nahe und sind in der Schweiz gut verankert. Jakunin war einst gar Russlands höchster Eisenbahner und steht seit 2014 auf der Sanktionsliste der USA. Trotzdem fliegt er – wie auch Anisimow – bis heute unter dem Radar der EU und der Schweiz.

Der sagenhafte Reichtum der beiden bleibt bis heute unberührt.

Wassili Anisimow: Putins Profiteur und Judofreund

Im Jahr 2008 begeistert die russische Nationalmannschaft bei der Fussball-Europameisterschaft in der Schweiz: Die «Sbornaja» stürmt mit attraktivem Offensivspiel bis in den Halbfinal. An der Zürcher Goldküste hingegen sorgt ein Russe für einen Sturm der Entrüstung.

Wassili Anisimow lässt in Küsnacht an bester Lage eine riesige Luxusvilla bauen: mit 16 Zimmern, Gästehaus, eigenem Basketballplatz, einer unterirdischen Wellnesslandschaft inklusive 25-Meter-Hallenbad und einer Tiefgarage mit Plätzen für neun Luxuskarossen.

Den Preis für die vom renommierten ETH-Architekturprofessor Hans Kollhoff konzipierte Villa schätzen Immobilienexpertinnen zu jener Zeit auf 40 bis 60 Millionen Franken – nie sonst soll am rechten Zürichseeufer ein so teurer Bau entstanden sein. Als störend erachtet die lokale Bevölkerung aber vor allem die russisch-klassizistische Bauweise, die an einen Tempel erinnere und nicht ins Ortsbild passe. Zu reden gibt auch die Vorgehensweise des um Diskretion bemühten Oligarchen, der sein Grundstück gern vergrössern möchte: Ein Adlat Anisimows sei mit Blumen bei ihm vorbeigekommen, um ihn zum Verkauf seiner Liegenschaft zu bewegen, sagt ein Anwohner in der Lokalzeitung. Und eine Nachbarin erzählt, ihr seien in unzähligen Telefonaten Fantasiesummen geboten worden.

Wie die meisten Oligarchen ist Anisimow in den Neunzigerjahren in sehr kurzer Zeit zu sehr viel Geld gekommen. Und zwar mit einer so einfachen wie ruchlosen Idee: Im Russland, das sich an der Schwelle von Kommunismus zu Kapitalismus befindet, kauft der vormalige Direktor eines Moskauer Metallwarengrossbetriebs Metall zu staatlich tief gehaltenen Preisen, um es auf dem Weltmarkt zu viel höheren Preisen zu verkaufen.

Mit dem Profit übernimmt er eine Bank, weitere Firmen – und gründet im Kanton Zug einen Schweizer Ableger seines Unternehmens Coalco, das in Immobilien investiert. Einige Jahre später kommt eine Zweigniederlassung in Zürichs Innenstadt dazu, nur wenige Meter von der Urania-Sternwarte entfernt.

Nachdem er Anfang Jahrtausend nach einem Rechtsstreit mit dem Putin-kritischen Oligarchen Michail Chodorkowski vorübergehend abtauchen musste, wird Anisimow 2004 Miteigentümer des Bergbauunternehmens Metalloinvest. An seiner Seite: der heute US- und EU-sanktionierte Alisher Usmanow, mit dem er seit 1989 eng befreundet ist. Auch mit den Oligarchen Viktor Vekselberg, Roman Abramowitsch und dem später bei Putin in Ungnade gefallenem Boris Beresowski tätigt Anisimow Geschäfte.

Seine Familie lässt er nicht bei sich in Russland wohnen, sondern in New York. «Wenn Sie einen Höhenflug erleben und Präsident Putin plötzlich beschliesst, Ihr Eigentum zu beschlagnahmen, wissen Sie, dass Sie irgendwo landen müssen», erklärt ein russischer Geschäftsmann zu jener Zeit die un-

ter Oligarchen weitverbreitete Praxis, Ehefrauen und Kinder im westlichen Ausland unterzubringen.

Anisimow hätte es wohl nicht nötig, sein Eigentum vor dem Zugriff Wladimir Putins zu schützen. Zu gut ist das Verhältnis der beiden.

Am Ende der ersten Legislatur Putins im Jahr 2004 schätzt das US-Wirtschaftsmagazin «Forbes» das Vermögen von Wassili Anisimow auf 350 Millionen US-Dollar, am Ende seiner zweiten Amtszeit im Jahr 2008 auf mehr als 4 Milliarden. «Mit Sicherheit hat er enorm von Putinomics profitiert», heisst es im Buch «Vodka Politics: Alcohol, Autocracy, and the Secret History of the Russian State» von Mark Lawrence Schrad.

Wie hoch Anisimow beim Staatspräsidenten im Kurs steht, zeigt sich etwa 2010: Putin bittet ihn, das Präsidium des nationalen Judoverbandes zu übernehmen. Dass Anisimow sich nicht für Kampfsport interessiert und auch keine Ahnung davon hat, spielt keine Rolle – schliesslich gilt es, dem begeisterten Judoka Putin einen Gefallen zu erweisen.

Doch Anisimow verteidigt auch handfeste politische Interessen Putins: Im Frühling 2014 zahlt er eine Kautions von 125 Millionen Euro, um den ukrainischen Geschäftsmann und Putin-Vertrauten Dmytro Firtasch aus der Untersuchungshaft in Wien zu befreien. Fünf Tage, nachdem die Bevölkerung der Halbinsel Krim in einem manipulierten Referendum für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt hatte, wurde er auf freien Fuss gesetzt.

Ich will es genauer wissen: Anisimow und die 125-Millionen-Kauti- on

Mitte 2004 gründet der Schweizer Treuhänder Lars Haussmann in Zug die RosUkrEnerg AG (RUE). Hinter der Firmengründung versteckt sich eine Ei-nigung des damaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma und Wla-dimir Putin: Sie machen die RUE zum Zwischenhändler mit dem Exklusiv-recht, russisches Gas in die Ukraine zu verkaufen. Die RUE erhält das Gas in Russland zu stark vergünstigten Preisen und verkauft es in der Ukraine dreimal teurer weiter – von 2006 bis 2009 erzielt sie so einen Gewinn von mehreren Milliarden US-Dollar. Die eine Hälfte der RUE gehört dem staat-lichen russischen Energieunternehmen Gazprom, die andere dem ukrai-nischen Geschäftsmann Dmytro Firtasch und einem Juniorpartner.

Seinen Reichtum nutzt Firtasch, um die gesamte ukrainische Chemie-branche aufzukaufen. Und um den Aufstieg des prorussischen Politikers Viktor Janukowitsch zum Präsidenten der Ukraine zu finanzieren – mittels direkter Zuwendungen und seines Einflusses als Medienmagnat. «Firtasch war hundertprozentig Putins Mann», wird ein russischer Wirtschafts-boss, der beide Männer kennt, im Buch «Putins Netz» zitiert. 2014 ist Schluss mit Firtaschs Aktivitäten und Putins direktem Zugriff auf die ukrainische Politik: Nach den Maidan-Protesten flieht der korrupte Janukowitsch nach Russland. Und Firtasch wird auf Antrag der USA in Wien verhaftet, weil ihn das FBI beschuldigt, bei einem Titan-Geschäft in Indien Bestechungsgelder gezahlt zu haben. Nach neun Tagen wird Firtasch aus dem Gefängnis ent-lassen, weil Oligarch Wassili Anisimow 125 Millionen Euro Kautions für ihn bezahlt, die höchste in Österreich je bezahlte Kautions. Es beginnt ein jah-relanger Auslieferungskrimi.

Der oberste Gerichtshof in Wien entscheidet schliesslich 2019: Firtasch darf an die USA ausgeliefert werden. Dennoch ist es bis heute nicht zur Aus-lieferung gekommen, weil Firtaschs Anwälte mit neuen Argumenten einen Neustart des Verfahrens erreichten. Mehrfach taucht Firtaschs Name in

den letzten Jahren in international beachteten Leaks auf. Zudem ist er 2019 in die sogenannte «Ukraine-Affäre» des damaligen US-Präsidenten Donald Trump verwickelt. Die Zuger RosUkrEnerg AG hat der 56-jährige Oligarch, der beste Beziehungen in die österreichische Politik unterhält, mittlerweile aufgelöst.

Auch nach der Annexion der Krim bleiben Anisimow und Putin eng verbunden. 2016 zeigt sich sein Unternehmen Coalco in einer Medienmitteilung erfreut, dass sein Chef an einer vom Präsidenten geleiteten Sitzung des Staatsrats im Kreml teilnehmen durfte. Ein Jahr später verleiht ihm der Staatschef den Alexander-Newski-Orden, eine der wichtigsten Auszeichnungen Russlands. Und 2019 werden Anisimow und Putin an einem Judoturnier fotografiert, als sie die Köpfe im vertrauten Gespräch zusammenstecken.

Der 70-jährige Oligarch zahlt die Zuneigung mit treuer Ergebenheit zurück: Bis heute hat er sich – anders als andere Oligarchen – nicht zum Krieg geäußert, den sein Freund vor drei Wochen gegen die Ukraine begann.

In der Villa in Küsnacht wohnen heute nur noch Anisimows zweite Ehefrau, von der er sich mittlerweile getrennt hat, sowie seine beiden Kinder. Anisimow selber zügelt seine Schriften ins Steuerparadies Schwyz, als der Kanton Zürich 2009 die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer abschafft.

2017 zieht Anisimow gemäss der «Bilanz», die sein Vermögen damals auf 2,5 bis 3 Milliarden Franken schätzt, zurück nach Moskau. Dort besitzt er zahlreiche Grundstücke, unter anderem auch in einem Vorort im Süden der russischen Hauptstadt, wo mehrere Freunde Putins Häuser besitzen: Arkady Rotenberg zum Beispiel. Und auch Wladimir Jakunin.

Wladimir Jakunin: Putins konservatives Sprachrohr

So verschlossen Wassili Anisimow ist, so gerne plaudert Wladimir Jakunin. Während Jahren trifft er sich immer wieder mit der Journalistin Catherine Belton zum Tee, der ehemaligen Moskau-Korrespondentin der «Financial Times», deren Buch über Putins Oligarchen Mitte Februar in deutscher Übersetzung erschienen ist.

Als Putin 2013 damit liebäugelt, russische Truppen in die Ukraine zu entsenden – was wenige Monate später in der Annexion der Krim gipfelt –, sagt Jakunin im Gespräch mit Belton, er hoffe, diese Drohung sei eine «kalte Dusche» für westliche Staatschefs. «Es wäre grossartig, wenn sie verstehen würden, dass es nicht in Ordnung ist, in Stiefeln in anderer Leute Häuser herumzutampeln.»

Seit Zehntausende russische Soldaten in der Ukraine einmarschiert sind, schweigt Jakunin, der bis zum Kriegsbeginn als «konservatives Sprachrohr» Putins galt.

Sein Aufstieg beginnt, als die Sowjetunion zu zerbröckeln beginnt. Als hochrangiger KGB-Agent ist Jakunin ab 1985 bei der Uno in New York stationiert. Als er sechs Jahre später nach Sankt Petersburg zurückgekehrt sei, hätten ihn die dortigen Lebensumstände schockiert, erzählt er Belton. Einmal sei seine Ehefrau tränenüberströmt vom Einkaufen nach Hause gekommen, weil in den Regalen ausschliesslich eingelegte Gurken gestanden seien.

Rettung naht, als Jakunin seinen ehemaligen KGB-Kollegen Putin näher kennenlernt, Putin ist damals stellvertretender Bürgermeister Sankt Petersburgs. Vom aufstrebenden Politiker protegiert, verkauft Jakunin mit zwei Geschäftspartnern seltene Erden ins Ausland. In kürzester Zeit wird Jakunin so reich, dass er Teilhaber der Bank Rossija werden kann.

Auch privat steht der studierte Chemiker Putin nahe. Beide gehören zur Datschen-Kooperative Osero, einer Gruppe von Freunden, die Anfang der Neunzigerjahre an einem See an der finnischen Grenze Wochenendhäuser bauen und sich mit den Jahren alle strategisch wichtigen Wirtschaftssektoren unter den Nagel reissen.

«Die Bank Rossija sollte das Herz des Finanzimperiums hinter dieser Gruppe bilden, dessen Tentakel ganz Russland durchdrangen und auch weit bis in den Westen hinein reichten», schreibt Belton. «Die Rossija-Gesellschafter bildeten die Elite von Putins innerem Zirkel. Parallel zur Vergrösserung der Bank während Putins zweiter Amtszeit wurden auch die Residenzen der Teilhaber grösser.»

Nach seiner ersten Wiederwahl als russischer Präsident ernennt Putin seinen Freund Jakunin 2005 zum Präsidenten der staatlichen Eisenbahngesellschaft, eines riesigen Imperiums mit 1,3 Millionen Beschäftigten und einer Rendite, die zu jener Zeit fast 2 Prozent von Russlands Bruttoinlandsprodukt ausmacht. In den zehn Jahren, in denen Jakunin der Eisenbahngesellschaft vorsteht, verdreifachen sich ihre Betriebskosten, obwohl die Länge des Schienennetzes nur minim zunimmt.

2013 enthüllt der Kreml-Kritiker und Korruptionsjäger Alexei Nawalny ein Netz von Offshore-Unternehmen, die alle den Geschäftsinteressen der Familie Jakunin dienen sollen. Und er publiziert einen Bericht über das Wochenendhaus des höchsten Eisenbahners: eine luxuriöse Anlage in der Nähe Moskaus mit einem 50-Meter-Schwimmbecken, einem eigenen Lagerraum für Pelzmäntel und einer Garage für 15 Fahrzeuge, in der unter anderem ein Maybach stehe. Nawalnys Fazit: «In allen Ländern dienen die Eisenbahnen dem Verkehr, bei uns aber darüber hinaus auch dem Diebstahl.»

2015 tritt der Oligarch überraschend von der Spitze der Eisenbahngesellschaft ab. Aus freien Stücken, sagt er, wahrscheinlich aber hat ihm eher Präsident Putin das Vertrauen entzogen. Dass Jakunins ältester Sohn Andrei die britische Staatsbürgerschaft erwarb, habe Putin erzürnt, heisst es. Mit seinem Investmentfonds ist Jakunin junior heute auch in der Schweiz aktiv: Ihm gehört beispielsweise das Viersternehaus «Hard Rock Hotel Davos».

Auch nach seinem Abgang von der Eisenbahngesellschaft bleibt Wladimir Jakunin Putin treu: Mehr denn je stellt er sich nun in dessen Dienst. Er tut das vor allem in Genf, das wegen seiner tiefen Steuern, der vielen Privatbanken und internationalen Organisationen für Oligarchen besonders attraktiv ist.

Hier hat er zusammen mit seiner Frau bereits 2013 drei Stiftungen gegründet, die im Grunde alle dasselbe Ziel verfolgen: eine konservative Wende in Europa. Das passt zu Jakunins Biografie, schliesslich lancierte er seine KGB-Karriere drei Jahrzehnte zuvor in der Abteilung zur Bekämpfung von Dissidenten, Homosexuellen und Andersdenkenden, wie er gegenüber Catherine Belton freimütig bekennt.

Politisch bedeutend ist vor allem eine Stiftung, mit der er Ende 2016 die Gründung einer Denkfabrik in Berlin finanziert: Der «Dialog der Zivilisationen» dient dazu, Verbindungen zu rechten Parteien in ganz Euro-

pa zu vertiefen. Geknüpft hat er diese Bande schon früher: So tritt der äusserst wertkonservative Oligarch im November 2014 an einem «Frieden mit Russland»-Kongress des Magazins «Compact» auf, das der Bundesverfassungsschutz als «gesichert rechtsextrem» wertet – gemeinsam mit dem damaligen SVP-Vizepräsidenten und Nationalrat Oskar Freysinger.

Das schwache Glied in der internationalen Sanktionskette

Zwei Oligarchen mit Verbindungen zum Putin-Regime. Zwei Oligarchen mit geschäftlichen und privaten Banden in der Schweiz. Und doch sind sie in der EU und damit auch in der Schweiz auf keiner Sanktionsliste.

Warum nicht?

Tatsächlich ist es schleierhaft, warum Jakunin zwar seit 2014 auf der Sanktionsliste des US-Finanzministeriums steht, in Europa aber nicht sanktioniert wird. Die EU-Kommission will auf Anfrage zu konkreten Namen keine Stellung beziehen. Ein EU-Sprecher schreibt, der Entscheid, jemanden auf die Sanktionsliste zu setzen, werde von den Mitgliedsstaaten gemeinsam und einstimmig gefällt: «Wenn jemand nicht auf der Sanktionsliste ist, bedeutet das, dass die EU-Mitgliedsstaaten der Meinung sind, dass es nicht genügend Grund dazu gibt, der Moment nicht der richtige ist oder dass es an Beweisen fehlt, um die Person zu sanktionieren.» Es sei der EU ein besonderes Anliegen, dass die Beweislage ausreichend sei, da Personen die Sanktionen vor dem Europäischen Gerichtshof anfechten könnten.

Diese Sorgfalt kommt nicht von ungefähr, denn Brüssel verliert solche Fälle vor Gericht regelmässig. Das erklärt Maria Shagina, die sich mit Sanktionen und postsowjetischen Staaten befasst und an der Universität Zürich und am Finnischen Institut für internationale Fragen FIIA forscht. «Die Hälfte der Personen, die nach der russischen Besetzung der Krim von der EU sanktioniert wurden, haben erfolgreich geklagt und wurden wieder von der Sanktionsliste entfernt.»

Die EU sei das schwache Glied in der internationalen Sanktionskette.

«Die USA haben schärfere Zähne, wenn es darum geht, Personen auf Sanktionslisten zu setzen», sagt Shagina. So hätten die USA mehr Instrumente zur Verfügung, um Personen wegen Korruption und Geldwäscherei zu sanktionieren. Die EU verfügt zwar seit zwei Jahren über ähnliche Mittel, mit denen Verstösse gegen Menschenrechte geahndet werden können, nicht aber Korruptionsdelikte.

In Europa mangelt es also noch an gesetzlichen Grundlagen, um Oligarchen zu sanktionieren. Brüssel hat zudem weniger Erfahrung in dieser Angelegenheit. Deshalb hinkt Europa bei der Sanktionierung von Oligarchen hinter den USA her.

Die Schweiz hinkt mit, da sie entschieden hat, die EU-Sanktionen zu übernehmen.

Es fehlten der EU auch die nötigen Informationen, sagt Thomas Biersteker, Professor am Genfer Graduate Institute. Die USA verfügten über ein stärker ausgebautes Dispositiv, um Kandidaten für solche Listen zu identifizieren: «Das geschieht über einen aufwendigen interdepartementalen Prozess, bei dem das Finanzministerium, das Aussenministerium und die Geheimdienste mitwirken.» Die EU habe hingegen keinen zentralen Geheimdienst

und sei deshalb auf Informationen aus den Nachrichtendiensten der einzelnen Mitgliedsländer angewiesen.

Ein Kriterium, um jemanden auf eine Sanktionsliste zu setzen, seien die wirtschaftlichen Folgen, sagt Max Bergmann, der während der Amtszeit von Präsident Obama für das US-amerikanische Aussenministerium arbeitete und nun bei der Denkfabrik Center for American Progress angestellt ist. So habe der damalige nationale US-Sicherheitsberater Herbert Raymond McMaster an seinem letzten Arbeitstag in der Regierung von Donald Trump Sanktionen gegen Oligarchen veranlasst, darunter auch gegen Oleg Deripaska, den Gründer und Besitzer des Rusal-Konzerns, des zweitgrössten Aluminiumherstellers der Welt. In der Folge schnellten die Aluminiumpreise um 10 Prozent in die Höhe. Die Trump-Regierung sei dann zurückgekehrt und habe einen Teil der Sanktionen rückgängig gemacht.

Das habe sich mit dem russischen Angriff auf die Ukraine geändert, sagt Bergmann: «Bis jetzt war man relativ vorsichtig, wenn ein wirtschaftlicher Schaden für die USA drohte. Momentan ist aber in der US-Regierung der Wille da, einfach zu handeln, ohne Rücksicht auf Verluste.» Bei der EU spielten wirtschaftliche Überlegungen möglicherweise eine wichtigere Rolle beim Entscheid, jemanden auf die Sanktionsliste zu setzen.

Ob also ein russischer Oligarch auf einer Sanktionsliste landet oder nicht, wird durch einen vielschichtigen und relativ intransparenten Vorgang bestimmt. Und auch der Zufall spielt wohl mit, ob jemand ins Visier der Sanktionsbehörden gerät oder nicht. So hatte beispielsweise das US-Finanzministerium seine 2018 veröffentlichte «Putin-Liste», die als Grundlage für spätere Sanktionen dienen sollte, von der Milliardären-Liste abgeschrieben, die das Magazin «Forbes» im Jahr zuvor veröffentlicht hatte.

Bei der EU kommt dazu, dass ein einziges Mitgliedsland verhindern kann, dass eine Person auf einer Sanktionsliste landet. Ein EU-Sprecher weist allerdings darauf hin, dass die Liste laufend ergänzt werde. Gut möglich also, dass die beiden kremlnahen Oligarchen Wladimir Jakunin und Wasili Anisimow doch noch von der EU sanktioniert werden.

Grund dazu gibt es genug.